

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

19. Mai 1961

169/A.B.

zu 199/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

In Beantwortung einer Anfrage der Abgeordneten G l a s e r und Genossen, betreffend Sanierung der Salzachtal Bundesstrasse im Gebiete von Hallein, teilt Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. B o c k folgendes mit:

Die ungünstigen Verkehrsverhältnisse in der Ortsdurchfahrt Hallein sowie der schlechte Bauzustand der Halleiner Stadtbrücke und der Uferschutzbauten sind den zuständigen Abteilungen des h.o. Bundesministeriums **bekannt** und bildeten seit 1957 den Gegenstand mehrfacher und eingehender Untersuchungen. Als Ergebnis dieser Untersuchungen liegt ein vom Amte der Salzburger Landesregierung im Einvernehmen mit der Stadtgemeinde Hallein ausgearbeitetes generelles Projekt vor, welches die in der Anfrage bezeichneten Massnahmen vorsieht und welches von mir als die zweckmässigste Lösung angesehen wird, zumal sich die Gemeinde entschieden gegen eine Umfahrung des Ortsgebietes stellt. Im übrigen wurde auch eine solche Ortsumfahrung studiert, doch dieser nicht näher getreten, da sie weder die Gesamtprobleme, noch die strassenbaulichen Probleme durchgreifend lösen, noch Vorteile für die Bundesstrassenverwaltung beinhalten würde, da neue Strassenzüge geschaffen werden müssten, die Industrieanlagen der Saline auf der Pernerinsel (zwischen kleiner und grosser Salzach) gekreuzt werden würde und besondere Zufahrten zur Stadtmitte anzulegen wären.

Eine kritische Betrachtung des Gesamtproblems zeigt jedoch, dass es sich hierbei weniger um ein strassenbauliches oder brückenbauliches, sondern um ein wasserbauliches Problem handelt, da vor der Durchführung der Regulierung der kleinen Salzach und Zuschüttung der grossen Salzach mit den, mein Ressort betreffenden Arbeiten nicht begonnen werden kann.

Erst nach einem entsprechenden Baufortschritt dieser Regulierungsarbeiten würde der Bau der Stadtbrücke spruchreif werden, während die strassenbaulichen Arbeiten den Abschluss der Gesamtarbeiten bilden würden.

Bezüglich der wasserbaulichen Massnahmen ist mir bekannt, dass das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft durch die Bundes-Wasserbauversuchsanstalt nach einem Projekt der Wasserbauverwaltung des Landes Salzburg derzeit einen Modellversuch durchführen lässt, dessen Ergebnis dem auszuführenden Wasserbauprojekt zugrundegelegt werden soll.

Dieses Projekt hat zum Ziele, ein weiteres Fortschreiten der Eintiefung der Salzach und somit weitere Uferschäden in der kleinen und grossen Salzach zu verhindern und weiters die Wiederauflandung der eingetieften Flusssohlen zu bewirken, sohin den Zustand, wie er vor Eintritt der Flusseintiefung bzw. der Uferschäden bestanden hat, wiederherzustellen.

Dieser bereits in Arbeit befindliche Modellversuch bezieht sich jedoch nicht auf jene wasserbaulichen Massnahmen, die erforderlich wären, wenn die grosse Salzach zugeschüttet und auf dem hiedurch gewonnen Landstreifen die Bundesstrasse geführt werden würde, was weiters - wie bereits bemerkt wurde - zur Voraussetzung hätte, dass die kleine Salzach entsprechend verbreitert und ausgebaut wird.

Dieser Modellversuch ist so aufgebaut, dass er nach Klärung der endgültigen Strassenausbaumünsche ergänzt werden kann und auf Grund des Ergebnisses die Feststellung der Kosten der gesamten wasserbaulichen und strassenbaulichen Massnahmen möglich wird.

Zur Einleitung der hiefür erforderlichen Verhandlungen bin ich grundsätzlich bereit.
